

Limburger Anzeiger

Zugleich amtliches Kreisblatt für den Kreis Limburg

(Limburger Zeitung)

Älteste Zeitung am Platze. Begründet 1838

(Limburger Tageblatt)

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
In jede Nummer eine Beilage.
Kommunikationsplan ist nach Zustellung
Wahlkreise von der Kreisverwaltung.
Wahlkreise von der Kreisverwaltung.

Redaktion, Druck und Verlag von Moritz Wagner
in Firma Schindler Verlag und Buchdruckerei in Limburg a. d. Lahn.

Anzeigen-Aufnahme bis 9 Uhr vormittags des Erscheinungstages

Bezugspreis: 2 Mark 70 Pf.
vierteljährlich ohne Postgebühr.
Einrückungsgebühr 20 Pf.
die eingetragene Markenbeilage oder deren Raum.
Werbung die 11 mm breite Zeile 60 Pf.
Rebatt wird nur bei Wiederholungen gewährt.
Bezugspreis: 2 Mark 70 Pf.

Nummer 291

Limburg, Montag, den 16. Dezember 1918

81. Jahrgang

Die deutsche Frage.

Berlin, 12. Dez. (W.T.B.) In einer heute hier tagenden Versammlung der Delegierten ist folgende Entscheidung angenommen worden: Die vom 10. bis 12. Dezember in Berlin versammelten Delegierten der Nachrichtentruppen ganz Deutschlands stehen in Uebereinstimmung mit etwa 150 000 Kameraden fest hinter der jetzigen Regierung bekämpfen mit Entschiedenheit die Umtriebe aller Parteien, die Aufrucht und Anordnung herbeiführen wollen. Sie begrüßen den Entschluß der Regierung, die Nationalversammlung einzuberufen, sind jedoch der Ansicht, daß eine frühere Einberufung als zum 16. Februar wohl möglich und für eine gedeihliche Fortentwicklung der sozialistischen Republik unbedingt erforderlich ist.

Erfurt, 11. Dez. Sämtliche Arbeiter- und Soldatenräte Thüringens entschieden sich heute in einer Konferenz für die Errichtung der deutschen Einheitsrepublik.

Stuttgart, 13. Dez. Eine Tagung der Soldatenräte Württembergs beschloß, daß die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte jeden Eingriff in die staatliche oder Verwaltungstätigkeit zu vermeiden haben und daß die Vollzugsgewalt in den Händen der Regierung liegen müsse. Weiter wurde mit überwältigender Mehrheit ein Antrag angenommen, wonach das Tragen der Reichsfarbe weiter gestattet werden soll. In der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin am 16. Dezember soll der Wunsch in bestimmter Weise zum Ausdruck gebracht werden, den Wahltermin der Nationalversammlung so weit als möglich vorzulegen.

Das Wort ist frei — die Waffe nicht.

Die Revolution hat die Freiheit des Wortes verkündet. Herr Liebknecht aber nimmt darüber hinaus für sich und seine Leute die Freiheit der Waffen in Anspruch. Er tut sich mit Maschinengewehren durch die Straßen Berlins; er verteilt Flinten und Revolver nach Gutdünken unter seine Anhänger. Es ist schwer zu verstehen, wie die Regierung, deren Pflicht es ist, den ruhigen Fortgang der Staatsgeschäfte sicherzustellen, derartigen Verbrechen tatenlos zusehen kann. Mit Recht ist darum die ganze bürgerliche Presse der Reichshauptstadt aufs äußerste entrüstet über den Gleichmut, mit dem die verantwortlichen Stellen den gefährlichen Aufzug der halbwildigen Burschen, die unter Liebknechts Anführung die Beamten der Republik mit Schießgewehren und anderen Wapeninstrumenten bedrohen und es keineswegs bei der Bedrohung bewenden lassen, sondern es oft genug zu Taten kommen läßt, gewähren lassen. Aber auch der „Vorwärts“, das führende Blatt der Mehrheitssozialdemokratie, rafft sich in seiner Montagsnummer zu einem energiegelassen Protest gegen solche einseitige Bevorzugung der Liebknechtgarde auf und schreibt, was wir als Ueberschrift hier gesetzt haben: Das Wort ist frei, die Waffe nicht! Wir möchten angesichts solcher Geschehnisse der Meinung heute an die Regierung und an alle übrigen Verantwortlichen, auch an den Vollzugsrat und an sämtliche Arbeiter- und Soldatenräte die Frage richten, ob nicht endlich die Stunde gekommen ist, da man Liebknecht und seine Leute entwaflnet. Wir verstehen es nicht, wie man mit solch selbstverständlichem Vorgehen bis heute zögern konnte und wir erwarten, daß unter allen Umständen dafür gesorgt wird, daß Sporttasche, seine Maschinengewehre, seine Flinten, seine Revolver und seine Handgranaten und alles, was er sonst noch an Wapeninstrumenten hat, umgehend abgenommen bekommt. Wenn nicht anders, so lege man Todesstrafe auf das unbefugte Wapentragen und unternehme alsdann überall dort, wo Verdacht besteht, Hausdurchsuchungen. Wenn man nach solcher Weise mit der Rücksichtslosigkeit, die der Bestand des Reichs und der Republik erfordert, vorgeht, wird und muß es gelingen, der tollwütigen Rarheit, die nachgerade unerträglich geworden ist, die Gängelung auszubringen. Durchaus zu recht sind die Studenten, die in jugendlicher Torheit sich zu bewaffnen versuchten, dieser Waffen wieder entledigt worden. Was aber für bürgerliche Studenten gilt, darf wohl auch auf die sicherlich nicht älteren Jünglinge des Liebknechtstummels seine Anwendung finden. Daß mit diesen Herrschaften keine Politik zu machen ist, hat der Volksbeauftragte Barth, den man wahrlich keinen Reaktionär nennen kann, drastisch genug erfahren. Er hat, als ihm am Sonntag eine spartakistische Ragenmusik gebracht wurde, aus einem Fenster der Reichskanzlei heraus zu der tobenenden Menge gesprochen und hat Herrn Liebknecht aufgefordert, er möge sich ihm doch möglichst bald einmal in einer öffentlichen Versammlung gegenüberstellen. Er sei überzeugt, daß dann nicht ein einziger Arbeiter in Liebknechts Gefolgschaft bleibe würde. Die Antwort, die der Volksbeauftragte Barth bekam, bestand in toben Schimpfworten und gemeinen Beschuldigungen. Entarteten Volksgenossen, die seiner Mahnung, seinem Appell an die gesunde Vernunft zugänglich sind, kann man unmöglich tödliche Werkzeuge in den Händen lassen. Die Entwaflnung Liebknechts ist darum eine Forderung, die mit allem Nachdruck erhoben werden muß, soll nicht in absehbarer Zeit das Reich unter einer Diktatur von Mördern und Räubern zusammenbrechen.

Mitteilungen über die deutsche Kriegspolitik.

Stuttgart, 12. Dez. In einer öffentlichen Versammlung in Rottweil sprach Konrad Haukmann über

die politischen Ereignisse während des Krieges. Dabei machte er u. a. folgende Mitteilungen:

Nach dem Abgang Bethmann Hollwegs habe er, Haukmann, Hindenburg nahe gelegt, in Friedensverhandlungen einzutreten, wenn wir noch mindestens ein Jahr stark seien, denn schon damals habe sich die beginnende Erschöpfung bemerkbar gemacht. Schon damals seien wir unserer Bundesgenossen nicht mehr sicher gewesen. Es hätte daher im Interesse von Reich und Armee gelegen, Verhandlungen einzuleiten. Die Regierung habe sich aber schwanend verhalten. Haukmann war im Dezember, Januar und Februar wiederholt in der Schweiz, um sich über die Lage genau zu unterrichten, und hat seine Erfahrungen in einer Denkschrift an Hertling niedergelegt. Vor der letzten März-Offensive waren wir hart; der Gegner fürchtete diese Offensive und damals wäre die beste Gelegenheit zum Friedensschließen gewesen. Der schweizerische Militärschriftsteller Stegemann schrieb in diesem Sinne in jener Zeit seine Meinung unverhohlen an Haukmann. Dieser schickte das Schreiben an Hertling. Es kam in die Hände des Kaisers, Hindenburgs und Ludendorffs. Man meinte dazu, vieles sei richtig, aber es geschah nichts. Stegemann war der Meinung, die deutsche Offensive würde höchstens bis Amiens und Reims kommen; Ludendorff erklärte dies für ungenügend. Im Jahre 1917 war man daran, den Elsch-Lothringen die Autonomie zu gewähren und verschiedene Beschränkungen aufzuheben; die Sache scheiterte aber an Ludendorffs Widerstand. Die Ernennung des Grafen Hertling, der als bayerischer Ministerpräsident wegen der Gefährdung Bayerns nach dem Elsch und auch sonst belastet war, zum Reichskanzler, war ein Unglück. Haukmann verwarf seine Bedenken hierüber gegenüber Baumbach nicht und brachte im Oktober 1917 den Prinzen Max von Baden in Vorschlag, der, innerlich demokratisch, äußerlich fürstlich, am besten die Brücke zwischen Regierung und Volk zu schlagen geeignet wäre. „Über der Prinz war dem Militär nicht genehm, weil angeblich zu weich. Die Demokratie hat die Diktatur für falsch gehalten und davor gewarnt; der Rückschlag ist nicht ausgeblieben. Den stärksten Schlag hat die deutsche Armee am 8. August d. Js. erlitten. An diesem Tage war die Gefahr einer großen Niederlage in offener Feldschlacht und der Einschließung des Hauptteils des deutschen Heeres aufs höchste gestiegen; die Württemberger haben die Situation gerettet, sonst hätten sich die Engländer und Franzosen hinter unserer Front die Hände gereicht. Die deutschen Heere sind nicht geschlagen, sie sind dem Erschöpfungstriebe im Innern erlegen.“

Zur Tagung der A- und S.-Räte.

Berlin, 14. Dez. Der Tagung des allgemeinen Delegiertenkongresses der A- und S.-Räte aus dem ganzen Reich, der allgemein mit großer Spannung entgegengesehen wird, da sie die heikelmäßigste Entscheidung über die Nationalversammlung bringen wird, ist für Montag, den 16. Dezember, vormittags 10 Uhr, im preussischen Abgeordnetenhaus einberufen. Sie wird mehrere Tage dauern.

Der A- und S.-Rat in Kreuznach hat, wie der „Vorwärts“ meldet, in Trier angefragt, ob für die vom Feind besetzten Gebiete ungehinderte Ausreise- und Rückkehrsmöglichkeiten der Vertreter gewährt werden, die zu der Berliner Tagung der A- und S.-Räte am 16. 12. 18. entsandt werden sollen. Diese Frage wurde von der deutschen Wapenstillstandskommission pflichtgemäß an die Oberste Heeresleitung der Alliierten weitergegeben. Marshall Foch hat darauf die Antwort erteilt: Die alliierten Mächte erkennen die A- und S.-Rätenicht an.

Ein Protest gegen Adolf Hoffmann.

Berlin, 14. Dez. (W.T.B.) Der Bürgererrat Groß-Berlins erhebt mit allem Nachdruck öffentlichen Protest gegen die undemokratischen Ausführungen des Mitgliedes der preussischen Regierung Adolf Hoffmann, der von einer verführten Einberufung der Nationalversammlung und der Notwendigkeit spricht, die Nationalversammlung zu sprengen, wenn sie keine sozialistische Mehrheit ergibt. Ohne darauf einzugehen, daß Hoffmann augenscheinlich fürchtet, daß die Mehrheit des Volkes nicht auf seiner Seite steht, wird hierdurch Einspruch dagegen erhoben, daß ein Mitglied der Regierung die Verlängerung der Diktatur und die Schaffung anarchischer Zustände verlangt. Der Bürgererrat Groß-Berlins fordert vielmehr namens des gesamten deutschen Bürgertums die Einberufung der konstituierenden Versammlung noch in diesem Monat, damit endlich die zur Verhütung des wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruchs notwendige Legitimierung der Regierung erfolgen kann.

Wilhelm II.

Berlin, 12. Dez. Wilhelm II. hat seinem zweiten Sohn, Prinz Eitel Friedrich, eine Vollmacht erteilt, die folgenden Wortlaut hat: Mit Rücksicht auf die politischen Verhältnisse und meinen Aufenthalt im Auslande, sowie bei der derzeitigen Abwesenheit meines ältesten Sohnes, des Kronprinzen, beauftrage ich meinen zweiten Sohn, den Prinzen Eitel Friedrich von Preußen, mich in meinen Funktionen als Oberhaupt des Königlich preussisch-brandenburgischen Hauses und auch des Fürstlich-Hohenzollernschen Hauses in allen Familien- und Vermögensangelegenheiten in vollem Umfang zu vertreten mit der Ermächtigung, sich im Falle seiner Behinderung durch einen seiner Brüder ver-

treten zu lassen und zu einzelnen Akten auch einen anderen geeigneten Bevollmächtigten zu bestellen. Gegeben Amstern, den 23. November 1918. Wilhelm.

Die militärische Polizeiorganisation in der neutralen Zone.

Berlin, 14. Dez. (W.T.B.) Die deutsche Wapenstillstandskommission teilt folgendes mit: Marshall Foch hat nachstehende Anordnungen über die Polizeiorganisation in der neutralen Zone in Deutschland getroffen: Zur Aufrechterhaltung der Ordnung dürfen deutsche Truppen, die grundsätzlich Polizeitruppen sind, in der neutralen Zone unterhalten werden. Das alliierte Oberkommando behält sich das Recht vor, die Gesamtzahl dieser Truppen zu begrenzen und zu kontrollieren. Dennoch muß die Ordnung normalerweise durch die Ortsgendarmie, ausnahmsweise durch Sicherheitsgarnisonen in besonders wichtigen Orten aufrecht erhalten werden. Die Polizeitruppen unterstehen den Zivilbehörden, die für ihre Verwendung verantwortlich sind. Im Falle von Unruhen dürfen die deutschen Behörden Vorschläge zur Verklärung dieser Garnisonen dem Oberkommando der Alliierten einreichen. Als Verstärkungen dürfen Kavallerie, im Notfall Infanterie dienen. Die Polizei- und Sicherheitsgarnisonen dürfen keinesfalls in das besetzte Gebiet eindringen, sondern müssen sich zwei Kilometer von dessen Grenze entfernt halten. Ausgenommen von dieser Beschränkung sind die großen Städte, die an der Grenze des besetzten Gebiets liegen. Das deutsche Oberkommando setzt die Kommandanten der Polizeitruppen ein, die mit den gegenüberliegenden alliierten Militärbehörden verkehren, und alle Verlegungen der Garnisonen oder Einheiten, durchzuführen, die die Kontrolle der Alliierten notwendig macht. Die Kommandanten der Polizeitruppen unterstehen gleichfalls den Sicherheitsgarnisonen ihres Abchnitts. Die Gesamtbestände der Sicherheitsgarnisonen dürfen 10 Bataillone Infanterie und 10 Eskadrons Kavallerie nicht übersteigen. Sie werden von den deutschen Behörden nach Bedarf verteilt, wobei keine Garnisonen den Umfang zweier Bataillone übersteigen darf. Die endgültige Regelung der Gesamtbestände der Sicherheitsgarnisonen in der neutralen Zone wird durch Abmachungen in Trier erfolgen. Zwecks Durchführung dieser Maßregeln wird die neutrale Zone von Norden nach Süden in Abschnitte geteilt, deren Grenzen die der Abschnitte der Alliierten verlaufen. Die Reihenfolge der neutralen Abschnitte ist also von Nord nach Süden: Belgischer, englischer, amerikanischer und französischer Zonenabschnitt. Die Kommandanten der alliierten Armeen regeln mit den gegenüberliegenden deutschen Kommandanten der Polizeitruppen alle Fragen, insbesondere die der Kontrolle der neutralen Zone, und die Truppenverstärkung bei Unruhen. Die Abgrenzung der neutralen Zone muß baldmöglichst gemeinsam von den gegenüberliegenden Kommandanten der alliierten Armeen und der deutschen Abschnitte festgelegt werden. Alle Mitglieder der Polizeitruppen erhalten besondere Abzeichen.

Französisches Verlangen nach der Rheingrenze.

Bern, 12. Dez. (W.T.B.) Je näher der Kongreß für den Präliminarfrieden heranrückt, um so energischer wird in einigen französischen Blättern, deren Zahl sich nach und nach vergrößert, der Rhein als natürliche Grenze Deutschlands bezeichnet. Der „Temps“ veröffentlicht den Brief eines höheren Offiziers, in dem erklärt wird, daß nur der Rhein eine genügende Garantie gegen einen militärischen Ueberfall auf Frankreich und Belgien seitens Deutschland biete. Renaudel bemerkt im „Temps“, daß diese Forderung mit den Wilsonschen Grundföhen in Einklang gebracht werden könne. Wie die Rheinlande über sich selbst verfügen sollen, so beabsichtigt Frankreich keineswegs, ihnen ihr Schicksal innerhalb der französischen Grenzen anzuweisen. Die für den Weltfrieden notwendigen Garantien seien: Rein Rhein-Monopol für irgendeine Nation, kein Preußen am Rhein. Die militärischen Grenzen Deutschlands sind hinter den Rhein zurückzuverlegen und keine Festungen von Basel bis Köln. Der „Gaulois“ verlangt dieselbe Sicherstellung durch die Rheingrenze. Die Friedenskonferenz werde darüber zu entscheiden haben, ob die Pfalz und die Rheinprovinz zu annektieren seien. Jedenfalls dürften in den genannten Provinzen nie wieder deutsche Garnisonen stehen. Ähnlich schreibt der „Petit Parisien“. Er sagt, die Friedenskonferenz werde darüber zu entscheiden haben, ob die Alliierten als Eroberer oder nur als vorübergehende Besatzung in Mainz eingezogen seien.

Der amerikanische Marineminister über den Frieden.

Haag, 13. Dez. Holländisch Nieuwsburo meldet aus Washington: Marineminister Daniels hielt in Washington eine Rede, in der er über die bevorstehenden Friedensbedingungen bedeutungsvolle Andeutungen machte. So erklärte er, daß Amerika keine Kriegsschädigung verlangen, sondern nur darauf bestehen werde, daß im Friedensabkommen eine Bestimmung enthalten sei, die den kleinen Nationen genau die gleichen Rechte wie den Großmächten gewährt. Weiterhin dürfe der Friedensvertrag keine Bestimmung enthalten, die den Anlaß zu neuen Kriegen geben könne. Solange die andern Mächte nicht abrüsteten, müsse auch Amerika sein Heer und seine Flotte beibehalten. Daniels behandelte weiter die Zukunft der Rauffahrtflotte. Diese müsse möglichst

**Bekanntmachungen und Anzeigen
der Stadt Limburg.**

Viehmarkt.

**in Limburg an der Lahn
am Dienstag, den 17. Dezember 1918.**

Aufruf des Viehs von 8 bis 10 Uhr vormittags.
Das zu entrichtende Standgeld ist abgezahlt bereit zu halten.
Limburg, den 11. Dezember 1918. 10/291
Der Magistrat.

In unser Genossenschaftsregister ist heute Nr. 26 folgenden eingetragen worden:

Spar- und Darlehnskasse, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung zu Nauheim.

Gegenstand des Unternehmens ist:

1. Gewährung von Darlehen an die Genossen.
2. Erleichterung der Geldanlage und Förderung des Sparplans.
3. Gemeinschaftlicher Ein- und Verkauf landwirtschaftlicher Bedarfsartikel und Erzeugnisse.

Vorstandsmitglieder sind:

1. Landwirt **Wilhelm Beder,**
 2. Landwirt **Christian Wilh. Wollmann,**
 3. Landwirt **Adwig Schmidt,**
- alle zu Nauheim.

Das Statut ist am 11. September 1918 errichtet.

Die Bekanntmachungen erfolgen unter der Firma der Genossenschaft, gezeichnet von 2 Vorstandsmitgliedern, in dem Nachb. Genossenschaftsblatt in Wiesbaden. Die Willenserklärung und Zeichnung der Genossenschaft erfolgt durch mindestens 2 Vorstandsmitglieder; die Zeichnung geschieht in der Weise, daß die Zeichnenden zu der Firma ihre Namensunterschrift beifügen.

Limburg (Lahn), den 3. Dezember 1918. 14/291
Amtsgericht.

Lebensmittelverteilung.

Auf Nr. 125 der Lebensmittelkarte wird 1 Pfd. Kaffeeersatz ausgegeben.

Auf je 2 Abschnitte derselben Nummer gelangt eine Büchse Konserven zur Verteilung.

Abgabe der Abschnitte bis spätestens Dienstag abend.

Ablieferung der Abschnitte durch die Gewerbetreibenden bis Mittwoch mittag.

Ausgabe der Waren Mittwoch nachmittags.

Kleiner Verkauf von Donnerstag an.

Limburg, den 12. Dezember 1918. 12/291
Städtisches Lebensmittel-Amt.

Ausgabe der Zuckerkarten.

Die Ausgabe der Zuckerkarten erfolgt am Dienstag den 17. Dezember 1918 für den ganzen Stadtbezirk auf Zimmer 13 des Rathauses und zwar nach folgender Einteilung:

- I. für die Straßen Austraße bis einschl. Frankfurterstraße vormittags von 8-1 Uhr in Ausgabestelle 1.
- II. für die Straßen Friedhofsweg bis einschl. Holzheimerstraße nachmittags von 3-5 $\frac{1}{2}$ Uhr in Ausgabestelle 1.
- III. für die Straßen Hospitalstraße b. einschl. Obere Schiede vormittags von 8-1 Uhr in Ausgabestelle 2.
- IV. für die Straßen Untere Schiede bis einschl. Wörthstraße nachmittags von 3-5 $\frac{1}{2}$ Uhr in Ausgabestelle 2.

Maßgebend ist die Wohnung vom 12. August 1917.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Zuckerkarten nur gegen Vorlage sämtlicher Brotbücher umgetauscht werden.

Die festgesetzten Termine zur Abholung der Karten müssen unbedingt eingehalten werden.

Limburg, den 14. Dezember 1918. 13/291
Der Magistrat.

Bekanntmachung

Im Hinblick auf die bevorstehende Winterzeit werden die Interessenten daran erinnert, die in Gärten liegenden Wasserleitungen etc. zu entleeren und Hausleitungen nebst Wassermessern, soweit erforderlich mit ausreichenden Schutzvorrichtungen gegen Einfrieren zu versehen, wobei das Anbringen eines Thermometers empfehlenswert ist.

Insbesondere wird auf die in Neubauten vorhandene große Gefahr aufmerksam gemacht.

Ferner wird auf den § 8 der Bestimmungen für die Benutzung der Wasserleitung der Stadt Limburg hingewiesen. Danach hat jeder Konsument die Kosten für alle Schäden, welche am Wassermesser und an den Leitungen durch Nichtbeachtung der notwendigen Vorsichtsmaßregeln entstehen, zu tragen. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß heute die Reparaturkosten solcher Schäden, insbesondere an den Wassermessern außerordentlich hohe sind und daher die doppelte Vorsicht geboten ist.

Limburg, den 20. November 1918. 11/290
Die Wasserwerksverwaltung.

**Gaben zur Weihnachtsbescherung
armer Gemeindeglieder**

erbittet der Vorstand der „Frauenhilfe des Evang.-Kirchlichen Hilfsvereins.“ 5/289

Obernand, Defan.

Aula des Gymnasiums

Montag, den 16. Dezember abends 8 Uhr

Anne Marie Kloe-Eck (Sopran)
Heinr. Kühlborn (Tenor)
Otto Schmidt (Klavier)

R. Schumann
In's Freie
Knabe mit Wunderhorn
Der Hidalgo

J. Brahms
Feldensamkeit
Das Mädchen spricht
O liebliche Wangen

F. Schubert
Auf dem Wasser zu singen
Die Nachtigall
Gretchen am Spinnrad,
H. Wolf
Fussreise
Der Gärtner
Heimweh

Richard Strauss
Die Frauen sind oft fromm Winterweibe
Du meines Herzens Kronelein Hehlliche Aufforderung

Karten zu M. 3.—, 2.—, bei H. A. Horn und Abendkasse. 2/291

Schulranzen und Hosenträger

in guter Ausführung.

Limburg, **Gehr. Reuss,** Bahnhofstr.

Otti Schinkenberger
Kurt Stern

Verlobte

Limburg Lübeck
Dezember 1918. 8/291

Allgemeine Ortskrankenkasse des Kreises Limburg.

Die Mitglieder des Ausschusses

werden hierdurch zu der am Mittwoch den 18. Dezember 1918, nachmittags 3 Uhr im Schilleraal der „Mitten Post“ hier stattfindenden

X. ordentlichen Ausschußsitzung

eingeladen.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Erhöhung der Rassenbeiträge und Änderung der Beitragskufen (Währungsänderung).
3. Freisetzung des Voranschlags für das Geschäftsjahr 1919.
4. Wahl des Rechnungsausschusses (§ 91 der Satzung)
5. Anträge und Verschiedenes.

Die Unterlagen zu den Beratungsgegenständen können von den Ausschußmitgliedern von heute ab, vormittags von 9-3 Uhr in unserer Geschäftsstelle eingesehen werden.

Limburg, den 10. Dezember 1918. 5/286
Der Vorstand.

Heimatschutz 1. Kompagnie.

Dienstag abend 8 $\frac{30}{60}$ Kompagnieabend auf der „Wilhelmshöhe“. Außerst wichtige Besprechung. Dringendes Erscheinen sämtlicher Mitglieder Ehrensache.

Der Kompagnieführer:
gez. Deibschweimer. 7/291

Pferde-Verkauf.

Stelle Sonntag und Montag sowie folgende Tage
**einige gute Arbeitspferde,
sowie auch Pflügenspanne**

büchig zum Verkauf. 11/290

J. Winkelstein, Hadamar.
Telefon 29.

Unsere Kinder und Kranke in der Stadt brauchen Milch.

Wichtiger als das Vieh sind die Menschen!
Landwirte versätteln daher nicht Vollmilch, sondern
gibt sie ab.

**Cigaretten
billig**

sofort franko Postpaket
1000 Stck. . . . 75 Mk.
Versandkosten . . . 2 Mk.
gegen Voreinsendung 77 Mk.
auf Postcheckkonto Frankfurt 41575

Adolf S. Müller,
Frankfurt a. M.
1/291, Postfach 187
NB. Meine Posten hochfeine
bekfarbige Cigaretten
1000 Stck 98 Mk.

Eckste

3-4 Zimmerwohnung

von kleiner Familie bis zum
1. 4. 19 zu mieten ge-
sucht.

Offerten u. Nr. 3/291 an
die Exped. d. Bl. erbitten.

Holz u. Möblierer
Wohn- u. Schlafz. mer
geücht.

Angebote unter Nr. 9/291
an die Exped. d. Bl. erbitten.

5 Güter, 1 Süden-
ford u. 55 neue Bohnen-
stangen zu verkaufen.

3/289 / Dauborn,
Grubenstr. 5.

**Liebesgaben an die Kriegsgefangenen
in den umliegenden Ortschaften werden
nicht mehr ausgegeben.** 5/291

**Hilfsgesellschaft Limburg a. d. L.
der Kriegsgefangenen VIII. A.-G.**

Aus dem Felde zurück!

Zeige hiermit die Wiedereröffnung meines Geschäftes an.
Sunden können sich von heute ab bei mir eintragen lassen.

Moritz Heli, Metzgerei;
15/291 **Blög 4.**

Posten

Cigaretten

ohne Mundstück per Mill 150 Mk.

sowie

Cigarren

in der Preislage von 45, 55, 60 u. 80 Pfg.

bieten an

4/291

Gustav & Paul Labonté, Limburg
Zigarrenspezialgeschäft.

Kornmarkt 5. :: Telefon Nr. 167.

Banrit zu kaufen gesucht.

Offerten erbitten unter Nr. 6/291 an die Exped. d. Bl.

Junge mit guter Schulbildung, als

Lehrling

für unsere Setzerei zum sofortigen Eintritt
gesucht

Schlinck'scher Verlag und Buchdruckerei,
Brückengasse 11

Eilige

Anzeigen mässigen Umfangs nehmen
wir in den frühen Vormittagsstunden
auch gerne telefonisch an, wenn man
uns von der Haftung für die Richtig-
keit des Textes entbindet.

Die Geschäftsstelle des „Limburger Anzeiger“.